
5740/J XXVIII. GP

Eingelangt am 09.04.2026

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Katayun Pracher-Hilander
an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumenten-
schutz
betreffend **Entscheidungsgrundlagen und Prüfung internationaler Empfehlungen
bei COVID-19-Maßnahmen in Österreich**

Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurden in Österreich zahlreiche gesundheits-
politischen Maßnahmen beschlossen und umgesetzt. Diese Maßnahmen hatten
teilweise weitreichende Auswirkungen auf das öffentliche Leben, die Wirtschaft sowie
auf individuelle Freiheitsrechte.

Während der Pandemie wurden internationale Empfehlungen, Leitlinien und
wissenschaftliche Einschätzungen verschiedener Organisationen und Institutionen
veröffentlicht, unter anderem der Weltgesundheitsorganisation (WHO), des Robert-
Koch-Instituts (RKI), des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) sowie weiterer nationaler und
internationaler Einrichtungen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß diese externen
Empfehlungen und Einschätzungen bei der Entscheidungsfindung in Österreich
herangezogen wurden, ob und in welcher Form sie einer eigenständigen fachlichen
Prüfung unterzogen wurden und inwieweit sie an österreichspezifische Gegebenheiten
angepasst wurden.

Ebenso stellt sich die Frage nach den konkreten Entscheidungsprozessen innerhalb
Österreichs, insbesondere hinsichtlich der Rolle nationaler Expertengremien,
wissenschaftlicher Einrichtungen sowie interdisziplinärer Entscheidungsfindung.

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an die Bundes-
ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
nachstehende

Anfrage

1. Wurden COVID-19-Maßnahmen, Empfehlungen oder Vorgaben seitens der
WHO, des Paul-Ehrlich-Instituts, des Robert-Koch-Instituts oder anderer Stellen
in Österreich auf deren inhaltliche Güte hin geprüft, bevor diese als

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

- Entscheidungsgrundlage für eine bestimmte COVID-19-Maßnahme innerhalb Österreichs dienen?
- a. Falls ja, welche konkreten Empfehlungen oder Vorgaben wurden in Österreich umgesetzt?
 - b. Falls ja, welche konkreten Empfehlungen oder Vorgaben wurden einer solchen inhaltlichen Prüfung unterzogen?
 - c. Falls ja, durch wen erfolgte diese inhaltliche Prüfung?
 - i. Wie konkret erfolgte diese Prüfung?
 - ii. Existieren hierzu schriftliche Gutachten, Protokolle oder Dokumentationen?
 - d. Falls nein, warum wurde nicht eigenverantwortlich geprüft?
2. Wurden empfohlene Maßnahmen auf die länderspezifischen österreichischen Gegebenheiten hin angepasst?
- a. Falls ja, welche konkreten Maßnahmen wurden angepasst?
 - b. Welche Kriterien oder Faktoren wurden dabei berücksichtigt?
 - c. Welche Institutionen oder Expertengremien waren an diesen Anpassungen beteiligt?
 - d. Falls nein, aus welchen Gründen erfolgte keine Anpassung an die spezifischen Gegebenheiten in Österreich?
3. Erfolgt Entscheidungen über COVID-19-Maßnahmen in Österreich auf interdisziplinärer Grundlage?
- a. Falls ja, welche Disziplinen wurden miteinbezogen?
 - b. Falls nein, warum basierten die Entscheidungen nicht auf interdisziplinärer Grundlage?
4. Wurden eingeführte COVID-19-Maßnahmen nachträglich auf ihre Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit überprüft?
- a. Falls ja, durch welche Institutionen und anhand welcher Kriterien?